

Thomas Schulze, Siedlerstraße 2, 02627 Weißenberg

**Offener Brief
an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Frau Dr. Ursula von der Leyen**

**Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Dr. Ursula von der Leyen
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin**

Weißenberg, den 05. Oktober 2012

Die Vergessenen dieser Gesellschaft oder die, die durch das „soziale“ Netz fallen!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,

in Anbetracht Ihrer erneuten Versuche, im sozialen Bereich kleine „kosmetische“ Eingriffe vorzunehmen, möchte ich Sie mit diesem Schreiben darauf hinweisen, dass, wenn nicht endlich grundlegende Reformen Ihrerseits angeregt und umgesetzt werden, eine Vielzahl unserer Bürger auf dem sozialen Abstellgleis landen.

Seit der Jahrtausendwende wurden rund **350.000 Unternehmenszusammenbrüche** gezählt. Bezieht man die kleinen Ich-AG's als selbstständige Unternehmen mit ein, auch solche, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Gewerbe wieder auflösen mussten, dann sind wir in den letzten 12 Jahren bei **weit mehr als 500.000 Unternehmenspleiten** in Deutschland angekommen.

Ca. 2 Drittel aller steuerpflichtig angemeldeten Unternehmen (von ca. 3,5 Mio. insgesamt in Deutschland) sind Einzelunternehmen, also natürlichen Personen, die bei einer Firmeninsolvenz mit ihrem Gesamtkapital haften. Gehaftet wird auch mit der Altersvorsorge in Form von Lebens- oder Rentenversicherungen, weil diese z. B. bei einer Kreditaufnahme u. a. als Sicherheiten dienen müssen.

Ein gewisses Alter erreicht (50 J. plus/minus) und erst einmal aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden, haben diese Menschen kaum noch eine Chance auf ein erneutes versicherungspflichtiges Arbeitnehmerverhältnis, haben aber im Schnitt noch 10 bis 20 Arbeitsjahre zu absolvieren.

Ganz zu schweigen von der Chance, jemals die verloren gegangenen Renteneinzahlungen durch die verbleibenden Jahre auf einen Stand zu bringen, der es den Betroffenen ermöglicht, eine zukünftige Altersarmut auszuschließen.

Das Problem:

Zum einem ist kaum ein Unternehmen an ehemaligen selbstständigen Unternehmern interessiert, weil diese in der Regel gelernt haben, selbstständig zu denken und zu handeln.

Gesunder Menschenverstand steht sehr häufig im Interessenskonflikt mit einer von der jeweiligen Firmenleitung angestrebten Gewinnoptimierung.

Hier darf ich aus eigener Erfahrung sprechen. Eine Vielzahl von Unternehmen, in meinem Fall speziell im gehobenen Hotellerie & Gastronomie- Sektor sowie in der Transport- und Speditionsbranche, suchen ganz gezielt nach funktionierendem Personal. Anordnungen sind ohne „Wenn und Aber“ und ohne zu hinterfragen auszuführen. Auch wenn sehr häufig ein nachvollziehbarer Sinn fehlt oder ökonomische und ökologische Gründe für das Gegenteil dieser Anordnungen sprechen. Im Vordergrund steht einzig und allein das Profitstreben des Unternehmens. Ein kritischer und eigenständig denkender Mitarbeiter wird somit immer als Störfaktor betrachtet.

Und zum anderen fällt das Klientel der 50 Plus jährigen in Folge des zunehmenden Jugendwahns sofort durch das von der Gesellschaft konstruierte Raster. Es sei denn, man verkauft sich weit unter Wert oder verfügt über spezielle Qualifikationen.

Auf der Suche nach Hilfe und Möglichkeiten, sich wieder vollwertig in die Gesellschaft einzubringen, erfährt dieser spezielle Personenkreis keinerlei Unterstützung.

- **Bezüge aus ALG I** greifen auf Grund der vorangegangenen Selbstständigkeit nicht.
- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Umschulungs- oder Auffrischungslehrgänge werden auf Grund der „Bezugslosigkeit“ von der Arbeitsagentur **nicht gewährt**.
- Unterstützung oder Übernahme der Kosten für vom Wohnort weiter entfernte Vorstellungsgespräche oder Probearbeiten werden auf Grund der „Bezugslosigkeit“ **nicht gewährt**.
- Vermittlungsgutscheine für private Arbeitsvermittlungsagenturen werden auf Grund der „Bezugslosigkeit“ **nicht gewährt**. Eine Vermittlung müsste mit 500-2000 € selbst finanziert werden.
- Diese Arbeitssuchenden prostituieren sich bereits nach allen Regeln der Kunst, indem sie eine Bereitschaft signalisieren, beinahe jede Arbeit auch außerhalb Deutschlands anzunehmen, auch wenn sich diese jenseits von dem bewegt, was jahrelang mit Wissen und Können praktiziert wurde.
- Zeitarbeitsfirmen erbarmen sich hin und wieder solcher Geschöpfe, sofern diese die notwendigen Qualifikationen bereits mitbringen. (Sie suchen meist speziell ausgebildetes Personal, welches bei einer betriebsbedingten Ausgliederung sofort an andere Unternehmen weiter vermittelt werden kann.)
- Allerdings ist auch verständlich und nachvollziehbar, dass nicht jeder bereit ist, um jeden Preis, nun auch noch einen „Zuhälter“ zwischen sich und den neuen Arbeitgeber zu schalten.

- **Bezüge aus ALG II** werden auf Grund des Erfüllungsstandes, einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft, nicht gewährt, sofern die Bemessungsgrenze überschritten wird.
- Im konkreten Fall, ist die Frau zudem auch noch in einem Niedriglohnsektor in der Hotellerie als Zimmerfrau beschäftigt. Der Verdienst bei einer 6 Tage-, 48 oder 54h-Woche bewegt sich zwischen 1100 bis 1500 € brutto. Das entspricht einem Nettoverdienst von ca. 850 bis 1100 Euro bzw. einem durchschnittlichen Stundenlohn von 5 Euro.
- Von diesen Einkünften müssen nun die erforderlichen Fixkosten am Arbeitsort (Kost & Logis) und zusätzlich alle anfallenden Kosten zu Hause getilgt werden, also Miete, Energie, VS, Telefon, Auto etc. Zum Leben selbst bleibt in der Regel fast nichts übrig.
- Der Arbeitssuchende wird nun u. a. dazu gezwungen, seine Aktivitäten auf das regionale Umfeld zu reduzieren, weil die finanziellen Mittel und Möglichkeiten keinen größeren Aktions-Radius mehr zulassen.
- Nach „unzähligen“ erfolglosen Aktivitäten lebt Er dann entweder von der Hand in den Mund oder ist dazu verdammt, seinen Lebensunterhalt über eine „Tafel & Suppenküche“ oder letztendlich durch Betteln abzusichern.

Somit sind die „Vergessenen“ der Gesellschaft dazu verurteilt, von weitaus weniger zu (ÜBER) leben, als einem geliebten „Vierbeiner“ in Deutschland pro Monat zur Verfügung steht.

Schicksal oder gewollt?

Sehr geehrte Frau von der Leyen, das kann doch nicht wirklich Ihr Anliegen sein. Mit Ihren Vorschlägen und Anregungen helfen Sie wieder nur einen ganz geringen Teil der Betroffenen. Die Mehrzahl muss erhebliche Einschränkungen der Lebensqualität hinnehmen. Familien werden zerrissen, werden gezwungen sich im Ausland als Niedriglohnjobber zu prostituieren, die sozialen Kontakte gehen verloren und die soziale Not nimmt unerträgliche Ausmaße an.

Die Tatsache, dass trotz „Wirtschaftswachstums“ und „geschönter Prognosen“ immer mehr Menschen in Deutschland in verheerende unmenschliche Armutsverhältnisse geraten, erfordert grundlegende Reformen in vielen Bereichen. Eine Politik der „Flickschusterei“, so wie sie seit vielen Jahren betrieben wird, hilft weder den Bedürftigen, noch ist sie im Sinne einer sozialen und gerechten Gesellschaft. Nach dem Motto „...nach mir die Sintflut“, dient unsere heutige Politik nur denen, die ihr „Schäflein bereits im Trocknen haben“ und einer Sintflut gelassen entgegensehen können. Nicht nur den Wirtschaftsexperten aller etablierten Parteien, auch Ihnen sollte längst bewusst sein, dass **eine Entkopplung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Erwerbs-Arbeit mehr als überfällig ist.**

Reformvorschläge und fertige Konzepte stehen im ausreichenden Maß zur Verfügung oder liegen Ihnen bereits vor. An dieser Stelle möchte ich auf den **Plan „B“ aus der Wissensmanufaktur** verweisen. Als alternatives Einstiegspaket stehen die **Konzepte und Berechnungen von „Götz Werner“** und den vielen **Netzwerken und Initiativen des Bedingungslosen Grundeinkommens** zur Verfügung. Und wer sich mit den genannten Möglichkeiten überhaupt nicht identifizieren kann, der sollte sich ernsthaft mit dem **„Bandbreitenmodell“ (Die Geldlawine) von Jörg Gastmann** auseinandersetzen oder selbst ein **allumfassendes und wirksames Konzept** entwickeln.

Nun liegt es an Ihnen Frau Bundesministerin; Sind Sie in der Lage, noch einmal ein deutsches Volk zu vertreten oder wird sich das Volk in Zukunft von seinen etablierten Parteien komplett abwenden müssen? **Die Zukunft wird den Politikern gehören, die die Möglichkeiten erkennen die richtigen Weichen zu stellen, um somit eine komplette Entgleisung unserer sozialen Systeme zu verhindern.**

Im Namen der

- **ca. 500.000 Insolventen Unternehmer** (nur in den letzten 12 Jahren)
- **der ca. 8,0 Mio. Niedriglohn-Jobber**
- **der ca. 1.5 Mio. Rentner die bereits in Altersarmut leben müssen**
- **der ca. 6.6 Mio. HARTZ IV-Bezieher inkl. Aufstocker**
- **der ca. 3 Mio. Arbeitslosen, ALG I Bezieher**
- **der ca. 2,5 Mio. in Armut lebenden Kinder**
- **sowie all derer, die in absehbarer Zukunft in solche verhängnisvollen Situationen geraten werden,**

möchte ich Sie ersuchen, sich endlich für eine **Radikale Reform** (Radikal im Sinne des sozialen Wandels) einzusetzen. Da wir schon längst keine Selbstversorgung mehr betreiben, sondern in einer Gesellschaft der Fremdversorgung und der Automation angekommen sind, sollte auch Ihnen bewusst sein, dass ein Einkommen nicht mehr als Lohn für eine getätigte Arbeit betrachtet werden darf. Ganz im Gegenteil, **erst das Einkommen selbst ermöglicht es einem Menschen, eine Arbeit aufzunehmen und seinen Beitrag für die Gesellschaft und in dieser Gesellschaft zu leisten.**

Wenn Sie diesen Umkehrschluss erst einmal verinnerlicht- und als eine wirklich notwendige Maßnahme erkannt haben, erst dann werden Sie als Politikerin für mehr **soziale Gerechtigkeit** sorgen und letztendlich auch **den sozialen Frieden in Deutschland bewahren können**.

Die Aussage von Dr. Wolfgang Schäuble am 13.02.2010 in der Frankfurter Rundschau macht deutlich, dass es keine Frage des Geldes, sondern nur eine Frage der gerechten Verteilung ist , **letztendlich „NUR“ eine Frage der politischen Umsetzung**.

Zitat:

„Dieses Land gibt einschließlich der Sozialversicherungen etwa eine Billion Euro für Sozialleistungen im Jahr aus. Das sind im Durchschnitt 12.500 Euro pro Kopf der Bevölkerung.“

(Ein Bedingungsloses Grundeinkommen wäre z. B. bereits mit ca. 960 Mrd. finanziert und könnte zudem Stufenweise eingeführt werden)

Sehr geehrte Frau von der Leyen, da wir uns in der glücklichen Situation befinden, eine Verfassung zu besitzen (Grundgesetz), die als einzige auf der Welt auf **das Wohl des einzelnen Menschen** und nicht wie in anderen Staaten auf das Wohl des Volkes ausgelegt ist, Zitat **„Die Menschenwürde ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen, ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt“** ersuche ich Sie Kraft Ihres Amtes als Bundesministerin für Arbeit und Soziales, diesem Grundsatz endlich Folge zu leisten. Konkrete, grundlegende Reformen anzuregen und zu ihrer Umsetzung im erheblichen Maße beizutragen. Des weiteren bitte ich Sie bis zum 15.11.2012 um eine Stellungnahme sowie um konkrete Vorschläge und Maßnahmen zu den o. g. „Vergessenen dieser Gesellschaft“.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schulze